

Es gibt nur einen deutschen Staat

Eindeutige Absage an Pankow — Erklärungen der Bundesregierung und der Westalliierten

Bonn (Eigenbericht). Das Pankower Regime hat keine Aussicht, jemals als souveräner Staat angesehen zu werden. In der vergangenen Woche haben die Bundesrepublik und die Westmächte ihm die gebührende Antwort auf seine unberechtigten „Souveränitätsansprüche“ erteilt. Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag wandten sich einmütig gegen die sogenannte Übertragung der Souveränität an die Sowjetzone durch die Sowjetunion. Einen Tag später gaben die westlichen Oberkommissare gemeinsam eine entsprechende Erklärung ab.

In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers heißt es:

„Die Sowjetregierung sucht den Anschein zu erwecken, daß der von ihr besetzte Teil Deutschlands ein selbständiges, souveränes Staaten gleichgestelltes Staatswesen geworden sei. Die sowjetische Erklärung vermag jedoch nichts gegen die Tatsache, daß es nur einen deutschen Staat gibt, gegeben hat und geben wird, und daß es einzig und allein die Organe der Bundesrepublik Deutschland sind, die heute diesen niemals untergegangenen deutschen Staat vertreten. Daran ändert auch die schmerzliche Wirklichkeit nichts, daß die deutsche Staatsgewalt heute nicht einheitlich in allen Teilen Deutschlands ausgeübt werden kann.

In jenen Teilen Deutschlands, in denen heute das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gilt, konnten die Organe des deutschen Staates nach 1945 auf rechtmäßigem Wege — d. h. durch freie Wahlen, die den unverfälschten Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck brachten — wiedergeschaffen werden. In allen Ländern der heutigen Bundesrepublik haben nach 1945 freie Wahlen stattgefunden.

In den Bundestagswahlen von 1949 und 1953 hat sich das deutsche Volk unmittelbar zu dieser neuen verfassungsmäßigen Ordnung Deutschlands be-

kannt. Schon 1949 bei einer Wahlbeteiligung von 78,5 v. H. erhielten die Kommunisten nur 1,5 von 25 Millionen Stimmen, also 6 v. H., 1953 erhielten sie bei der sehr starken Wahlbeteiligung von 86,2 v. H. nur noch etwas über 600 000 von 28 Millionen Stimmen, d. h. nur noch 2,2 v. H.

Verhaßte Minderheit

Diese Zahlen beweisen, wie das deutsche Volk über ein kommunistisches Regime denkt, das nicht wagen kann, in der von ihm beherrschten Zone freie Wahlen abzuhalten, das die Länder mit ihren Volksvertretungen unter Bruch der eigenen Verfassung beseitigt hat und dessen „Volkskammer“ die willenlose Unterwürfigkeit des Hitlerschen Reichstages noch überbietet — ein Regime, dessen einzige entscheidende Partei eine verhaßte Minderheit bildet, und das sich am 17. Juni 1953 nur mit brutaler Anwendung von Waffengewalt gegen die Empörung und Verzweiflung der gesamten Bevölkerung am Ruder halten konnte.

Keine Partner

Die Bundesrepublik war und ist daher berechtigt, auch für jene 18 Millionen Deutsche zu handeln und zu sprechen, die bis zu heutigen Tage nicht die Freiheit haben, ihren politischen

Willen zum Ausdruck zu bringen.

Niemals werden wir anerkennen, daß die durch List, Betrug und Gewalt zur Herrschaft gelangten Machthaber der Sowjetzone befugt sind, deutsche Staatsgewalt auszuüben. Wir würden uns selbst entehren und alle Opfer der kommunistischen Gwalt Herrschaft beileidigen, wenn wir jene Machthaber als Partner beim Werke der Wiedervereinigung Deutschlands anerkennen würden. Ein freies Deutschland könnte aus der Zusammenarbeit mit ihnen nicht hervorgehen. Niemals werden wir uns mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen.

Eine Besatzungsmacht hat nicht das Recht, ihre Besatzungsgewalt zur politischen Zerreißung Deutschlands zu mißbrauchen. Deutschland als Ganzes ist im Jahre 1945 der alliierten Besetzung unterstellt worden, und nur durch einen frei verhandelten Friedensvertrag der Besatzungsmächte mit Deutschland kann über seine Grenzen entschieden werden.

Die sogenannte Souveränität des Sowjetzonenregimes wird — dessen sind wir gewiß — ebenso vergehen wie die sowjetische Fremdherrschaft und der kommunistische Terror. Bestehen bleiben wird die unzerstörbare Souveränität des freien deutschen Volkes.“

Resolution des Bundestages

In feierlicher Form durch Erheben von den Sitzen billigte anschließend der Bundestag einstimmig eine Entschließung. In dieser wird ebenfalls die Souveränität Pankows abgelehnt.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Die SED-Schlappe

Bereits seit Monaten muß die Berliner SED Selbstkritik üben. Wie wir mehrfach feststellten, hat ihr Anführer, Alfred Neumann, öffentlich Besserung versprochen, nachdem er zerknirscht die Passivität und das Versagen der ihm unterstellten Genossen gerade im „Kampf um Westberlin“ zugegeben hatte. Eine FDP-Versammlung in Reinickendorf wurde zum Anlaß einer SED-Großaktion auf Westberliner Boden erkören, sie sollte zur Kraftprobe werden und damit zur großen Rehabilitierung des Ostberliner Kommunismus. Im Schatten des soeben beendeten SED-Parteitages und sozusagen unter den Augen des Ministers Mikojan aus Moskau sollte die „Sprengung“ der FDP-Versammlung zum ersten praktischen Ergebnis dessen werden, was eine Woche lang in der Seelenbinder-Halle am Zentralviehhof theoretisch vorgepaukt worden war. Die gesamte Ostpresse brachte täglich entsprechende Aufrufe voller Kampfwillen und siegreicher Prognosen.

Kommandierte Pflicht

Diese Prognosen haben sich als falsch erwiesen. Die SED hat eine Schlappe erlitten. Eine Schlappe? Bisher hat sie nur Schlappen eingesteckt, wenn sie in Westberlin einen Großeinsatz geplant hatte. Kein Mensch glaubt noch an ihre Schlagkraft, nicht einmal an ihren Kampfesgeist oder, um im kämpferischen Jargon zu bleiben, an ihre Einsatzfreude. Weil der kläglichen SED-Störaktion ein so großes Geschrei vorausging, ist ihr Mißerfolg besonders beachtenswert und aufschlußreich. Alfred Neumann ist jetzt als Hauptverantwortlicher nicht zu beneiden; keiner der Genossen möchte in seiner Haut stecken. Nein, diese Genossen gaben aus Furcht vor der Partei pflichtgemäß ergeben ihre Protesterklärungen schriftlich in den Westberliner Rathäusern ab und ließen sich das quittieren. Dann zogen sie abends zum Schützenhaus nach Reinickendorf — und ließen sich von Westberliner Polizisten zerstreuen. Selbst die Hauptträdelnführer mochten über ihre Ver-

haftung ganz zufrieden gewesen sein, um dann (gegen Quittung, versteht sich!) wieder entlassen zu werden. Sie haben scheinbar die ihnen kommandierte Pflicht zu tun versucht, aber wirklich nicht mehr.

Nur beamtete Funktionäre

Deshalb steht es offensichtlich schlecht um den revolutionären Kampfesgeist der roten Einheitspartei. Bei einem kleinen geschichtlichen Rückblick ist zu sagen: die alten Kommunisten aus den Straßenkampftagen der 20er und ersten 30er Jahre werden sich im Grabe umgedreht haben, denn das waren andere „Kerle“ im Sinne marxistisch-kommunistischer Kampftradition. Aber diese Kommunisten vom „alten Schrot und Korn“ sind eben kaum noch unter den heutigen, und wo sie es in geringer Zahl noch sind, leben sie längst das Dasein des beamteten Funktionärs, jenes Dasein,

das hinter den Schreibtischen Fett ansetzen läßt und persönlichen Einsatz nebst persönlichem Risiko erstickt. Die wirklich „Werttätigen“ wissen das ganz genau und denken gar nicht daran, ihre Haut zu Markte zu tragen.

Was folgt daraus? Vor allem die Gewißheit, daß das freie Berlin gefestigtes Terrain ist, in dem kein Straßenmob nach Belieben Krawall machen und sich durchsetzen kann. Es folgt daraus, daß die vom freien Berlin ausgehenden Impulse stärker und lebendiger sind als alle ausgetüftelten Aufrufe der kommunistischen Machthaber in Ostsektor und Zone. Dieses Ereignis am Rande zeigt auch, wie erbärmlich selbst die Autorität dieser Machthaber in den eigenen Reihen und wie unsinnig ihre Anmaßung ist, als souveräne deutsche Regierung vollwertig anerkannt zu werden.

Fiasko im „Schützenhaus“

Unrühmlicher Auftritt der „Friedenskämpfer“

Berlin (Eigenbericht). Eine Flut von Flugblättern und Protestresolutionen, gewaltige Drohungen von Radio Berlin und 1000 Krawall-Beauftragte — das war das Angebot, mit dem die SED am 7. April ihren groß angekündigten „Kampf um Berlin“ eröffnen wollte. Erfolg: Der ehemalige General und jetzige Bundestagsabgeordnete von Manteuffel, dessen Rede auf einer FDP-Versammlung im Reinickendorfer Schützenhaus „mit allen Mitteln“ verhindert werden sollte, hielt diese Rede vom ersten bis zum letzten Wort. Und die „SED-Kämpfer“ zogen als geschlagener Trupp ab — vom ersten bis zum letzten Funktionär.

Am peinlichsten erging es den 50 Genossen, die im Saal selbst Krawall machen sollten. Kaum hatten etwa zwanzig von ihnen zu Anfang „Manteuffel raus!“ gerufen, saßen sie selbst, von kräftigen FDP-Ordern befördert, schon auf der Straße. Die meisten ließen sich sichtlich gern abschieben. In Zehn-Minuten-Abständen versuchte dann einer der übriggebliebenen neben dem obligaten Stink-

bomben-Wurf sein Soll an Zwischenrufen zu erfüllen. Meist brachte er den Satz gar nicht zu Ende — so kurz war der Weg zur Tür. Die Kundgebungsteilnehmerriefenschließ-lich nur noch in bester Stimmung: „Da will schon wieder einer raus!“ sobald sich ein SEDist bemerkbar machte und prompt „flog“.

Einige Genossen wollten unter diesen Umständen auf ihren befohlenen Einsatz ganz verzichten. Mäuschenstill blieben sie im Saal und hofften, nicht entdeckt zu werden. Aber dann hockten sie tödlich verlegen auf ihren Stühlen, als die Versammlungsteilnehmer aufstanden, um zum Abschluß der Kundgebung das Deutschland-Lied zu singen. Ein Genosse schielte hinüber zum anderen: Solange der nicht aufstand, konnte man es auch nicht riskieren. Da waren schon die Saalordner da: „Bist du Deutscher? Dann steh auf beim Deutschland-Lied!“ Kurzer Zug am Kragen — und stehend mußten sich Pankows Krieger das Deutschland-Lied anhören, während man sie von allen Seiten verächtlich musterte.

(Siehe auch Kommentar).

Sowjetunion bleibt verantwortlich

(Fortsetzung von Seite 1)

Die westlichen Oberkommissare stellen in ihrer Erklärung fest, die Westmächte hätten nicht die Absicht, mit dem Pankower Regime als Regierung zu verhandeln. Sie betrachteten die Sowjetunion weiter als verantwortliche Macht in der Sowjetzone:

„Die Alliierte Hochkommission wünscht, die Stellungnahme der von ihr vertretenen Regierungen zu der von der sowjetischen Regierung am 25. März veröffentlichten Erklärung, die auf eine Änderung in ihren Beziehungen zu der Regierung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik abzielt, eindeutig darzulegen. Diese Erklärung scheint den Eindruck hervorzurufen zu wollen, daß der Deutschen Demokratischen Republik die Souveränität gewährt sei. Dies ändert nichts an der tatsächlichen Lage in der sowjetischen Zone. Die sowjetische Regierung behält sich dort auch weiterhin die effektive Kontrolle vor.

Die drei Regierungen, die in der Alliierten Hochkommission vertreten sind, werden weiterhin die Sowjetunion als die verantwortliche Macht für die sowjetische Zone Deutschlands betrachten. Diese Regierungen erkennen die Souveränität des ostdeutschen Regimes, das nicht auf der Grundlage freier Wahlen beruht, nicht an und haben nicht die Absicht, mit ihm als Regierung zu verhandeln. Sie sind der Meinung, daß dieser Standpunkt auch von anderen

Staaten geteilt werden wird, die, wie sie selbst, auch weiterhin die Regierung der Bundesrepublik als die einzig frei gewählte und rechtmäßig konstituierte Regierung in Deutschland anerkennen werden.

Die Alliierte Hochkommission benutzt ferner diese Gelegenheit, um die Entschlossenheit ihrer Regierungen, zum Ausdruck zu bringen, sich nicht von der Handlung der Sowjetregierung daran hindern zu lassen, entschlossen für die Wiedervereinigung Deutschlands als freie und souveräne Nation zu arbeiten.“

Italien erkennt nur Bonn an

Bonn (AP). Die italienische Regierung ließ am Sonnabend durch ihren Botschafter in Bonn offiziell erklären, daß sie die Bundesregierung auch weiterhin „als einzig rechtmäßige, freie und gesetzmäßig gewählte Regierung Deutschlands“ betrachte.

Vorbeugende Verbote erlaubt

Berlin (DPA). Der Erste Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin hat festgestellt, daß die im Grundgesetz gewährleistete Versammlungsfreiheit nur für Versammlungen friedlichen Charakters in Betracht komme. Versammlungen, die unfriedliche Absichten verfolgten, könnten dagegen von der Polizei vorbeugend verboten werden.

Das Gericht bestätigte damit das von der Hamburger Polizei-

Neue Formen suchen!

Stuttgart (Eigenmeldung). „Wir können nur hoffen, daß im Interesse der allgemeinen Entspannung in der Welt die vier Mächte die deutsche Frage in absehbarer Zeit wieder auf die Tagesordnung setzen werden“, dies erklärte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser. In der Zwischenzeit sei es Sache der Deutschen, das ihre zu tun, um die willensmäßige Einheit des deutschen Volkes zu stärken. „Wir werden nach immer neuen Formen suchen müssen, um diesem Willen sichtbaren und hörbaren Ausdruck zu geben.“

Ein Symbol für das unteilbare Deutschland bleibe auch der 17. Juni. Kein Deutscher dürfe sich der Verpflichtung dieses Tages entziehen. Der 17. Juni soll, wie Kaiser ankündigte, zu einem Tag der Besinnung gestaltet werden, der „unserem Volk und der Welt klarmacht, daß der Freiheits- und Einheitswille der Deutschen nach seinem Recht verlangt.“

behörde ausgesprochene Verbot einer Versammlung, zu der ein kommunistischer Funktionär während eines „wildten Hafenarbeiterstreiks“ aufgerufen hatte.

Als erster Staat: Thailand

Washington (AP). Als erster Staat hat Thailand die amerikanische Einladung angenommen, an der Bildung einer gemeinsamen Front gegen den Kommunismus in Südostasien mitzuarbeiten.

Maiaufruf des DGB

Düsseldorf (DPA). Der Wille zur Einheit Deutschlands, zum Frieden und zur Freiheit sowie die Forderung nach der Fünftagewoche stehen im Vordergrund des Maiaufrufes des DGB-Vorsitzenden Walter Freitag. Der Aufruf wurde am Montag veröffentlicht. „Wir dürfen nicht aufhören, mit allen Kräften die Einheit Deutschlands und seine gleichberechtigte Stellung anzustreben.“ Freitag übermittelte zugleich der Bevölkerung der Sowjetzone Grüße,

Vertriebene und Flüchtlinge bevorzugt

Bonn (AP). Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge sind nach den neuen Richtlinien der Bundesregierung bei dem Vergeben von öffentlichen Aufträgen bevorzugt zu berücksichtigen. Dasselbe gilt für Firmen aus den Notstandsgebieten. Als notleidende Gebiete werden Berlin, Wilhelmshaven und das Zonenrandgebiet anerkannt.

gen Rennfahrer und Vorsitzenden des sogenannten „Westdeutschen Komitees für Einheit und Freiheit des deutschen Sports“, Manfred v. Brauchitsch, Anklage wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, Staatsgefährdung und Geheimbündelei erhoben.

Pommern-Treffen

Berlin (DPA). Ein Deutschlandtreffen der Pommern veranstaltet die pommersche Landsmannschaft zu Pfingsten in Bochum.

Anklage gegen Brauchitsch

Bonn (AP). Der Oberbundesanwalt hat gegen den ehemali-

Europa-Hilfe für Flüchtlinge

Plan für Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems

Bonn (AP/DPA). Der Sonderbeauftragte des Europarates für Flüchtlingsfragen, Pierre Schneider, sicherte den deutschen Flüchtlingen die Hilfe und Unterstützung des Europarates zu. Es sei eine Hilfsaktion für sie geplant.

Schneider ist vom Europarat beauftragt, bis zum 1. Februar 1955 einen Plan für die Lösung des europäischen Flüchtlingsproblems auszuarbeiten und Ratschläge für die Eindämmung der Überbevölkerung zu unterbreiten. Er gab in Bonn erstmalig Grundzüge dieses Planes bekannt. Danach sollen die Länder mit einer großen Zahl nationaler Flüchtlinge, also hauptsächlich Deutschland, versuchen, diese aufzunehmen. Die übrigen sollten vorübergehend in europäische Nachbarstaaten auswandern.

Demokratie für Rußland!

Berlin (DPA). Der Zentralverband der Nachkriegsemigranten aus der UdSSR hat auf einer Kundgebung am Funkturm in einem politischen Manifest die Beseitigung der kommunistischen Diktatur und die Errich-

tung einer demokratischen Staatsform in Rußland als Grundziel proklamiert. Vor über 2000 Kundgebungsteilnehmern verlas ein ehemaliger Sowjetsoldat das Manifest. Der ehemalige Sowjetmajor Gregory Klimow sagte, die Spaltung Deutschlands sei den Sowjets sehr willkommen, weil sie damit den Schlüssel für Europa in der Hand behielten.

Tito nach Ankara

Belgrad (AP/DPA). Der jugoslawische Staatspräsident Tito

ist zu seinem angekündigten Staatsbesuch nach der Türkei gereist. Tito, der von Außenminister Popovic und mehreren Generalen begleitet wird, reist unter starkem Geleitschutz an Bord des jugoslawischen Schulschiffes „Galeb“.

Auch Luxemburg ratifiziert EVG

Luxemburg (DPA). Das Parlament von Luxemburg ratifizierte am Mittwoch den Vertrag über die EVG. Die Debatte dauerte nur einen Tag. Gegen die Vorlage stimmten nur die vier kommunistischen Abgeordneten.

Die H-Bombe als Mahnung

Hoffnung auf einsichtigeren Haltung des Kreml

Bonn (DPA). Durch die Versuche mit der Wasserstoffbombe könne ein neuer Abschnitt im Verhältnis zwischen Ost und West eingeleitet werden, erklärte Bundeskanzler Adenauer vor dem Verein der Auslandspreste. Durch die politischen und militärischen Auswirkungen dieser Versuche werde das Sowjetregime vielleicht zu einer realistischen Beurteilung der

eigenen Lage geführt. Voraussetzung bleibe allerdings, daß der Westen sich organisiere und daß er sich seiner eigenen Kraft bewußt werde.

Berlin (DPA). Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dr. Otto Dibelius, erklärte, die Wasserstoffbombe habe offenbar so furchtbare Wirkungen, daß man sie geradezu als eine Friedensgarantie bezeichnen könne.

Ringens um Amerikas Asien-Plan

Außenminister Dulles in Europa — Zehnmächte-Erklärung

Washington (AP/Eigenmeldung). Der amerikanische Außenminister ist zu einem einwöchigen Besuch nach Europa geflogen. Wenige Stunden vor seiner Abreise hatte Dulles eine Unterredung mit Präsident Eisenhower über seine Pläne für ein gemeinsames Vorgehen des Westens gegen die kommunistische Gefahr in Südostasien. Er erklärte anschließend, diese Bedrohung könne beendet werden, wenn alle freien Völker sich eng zusammenschließen würden.

Dulles, der während seines Europaaufenthaltes die Bedenken Frankreichs und Englands gegen eine Sicherheitsgarantie für Südostasien zerstreuen will, erklärte weiter, die USA hätten nicht die Absicht, eine friedliche Lösung des Südostasienproblems auf der Genfer Konferenz zu verhindern. Eine friedliche Re-

gelung, die die lebenswichtigen Interessen der freien Welt in diesem Gebiet sichere, setze jedoch ein einheitliches Vorgehen voraus.

Die USA planen die Abgabe einer Zehnmächte-Sicherheitsgarantie für Südostasien noch vor Beginn der Genfer Konferenz am 26. April. Diese gemeinsame Erklärung soll der erste Schritt des von Außenminister Dulles mehrfach angekündigten „gemeinsamen Vorgehens“ der an Südostasien interessierten Nationen sein. Es sind dies: die USA, Großbritannien, Frankreich, die drei indochinesischen Staaten, Australien, Neuseeland, Siam und die Philippinen.

Die Außenminister Australiens und der Philippinen haben sich bereits für die von Amerika angeregte Erklärung ausgesprochen.

Canberra (AP). Der australische Ministerpräsident Menzies hat es abgelehnt, die USA zur Einstellung der Wasserstoffbomben-Versuche aufzufordern. Solange keine wirksame internationale Kontrolle und Überwachung bestehe, wäre es eine Narrheit, wenn die freie Welt die Atombomben totalitären Staaten überlassen würde, erklärte Menzies vor dem Repräsentantenhaus.

Groß genug

Washington (AP). Präsident Eisenhower hat auf einer Pressekonferenz mitgeteilt, es bestehe für die USA kein Bedürfnis, noch größere Wasserstoffbomben als die bereits vorhandenen zu entwickeln. Die gegenwärtig verfügbaren Bomben hätten eine derartige Durchschlagskraft, daß auch die Sowjetunion keine größeren Bomben entwickeln könne.

Der „Neue Kurs“ ist tot

SED-Parteitag-Fazit: „Mehr arbeiten und schlechter leben!“

Acht Tage hat die SED gebraucht, um das wenige, was ihr in der gegenwärtigen Situation zu sagen bleibt, in Beschlüssen des Parteitags zu kleiden. Der Delegierten, die am Dienstag nach der Monstre-Demonstration auseinandergingen, bemächtigt sich die Furcht vor kommenden Diskussionen. Zuwenig hat dieser Parteitag geklärt und zu vieles offengelassen. Ulbricht selbst hat es zugegeben: Zwei ganze Jahre hat die SED verloren. Die Wirtschaft blieb unter dem Stand von 1952, die politischen Ziele wurden nicht erreicht, die Partei hat schwere interne Auseinandersetzungen hinter sich, neue stehen bevor. Die Zukunft besteht aus einem Allerwelts-Programm und neuen Versprechungen, während die alten uneingelöst bleiben. Es war ein erbärmlicher Parteitag, selbst für eine sterbende Partei.

Was kommen wird, ist klar. Die SED wird das ihr von den Sowjets aus Dekorationsgründen überlassene Mäntelchen dieser „Souveränität“ zum gesamtdeutschen Auftritt benutzen. Es wird jetzt „Noten“, „Memoranden“ und „Delegationen“ aus Pankow geben, die „Macht“ der Ohnmächtigen will sich national und international aufspielen. Und hinter bombastischen Worten kracht unterdessen die ganze wirtschaftliche Fassade.

Die politische Fassade hält der SSD-Staatssekretär Wollweber. Er hat dies in einem Diskussionsbeitrag sehr schön erläutert und erhielt dafür einen „Platz im SED-Zentralkomitee.“

Aufstieg der Mittelmäßigen

Außer Wollweber kamen gut vier Dutzend Funktionäre in das neue Zentralkomitee, das um fast die Hälfte auf 91 Mitglieder und 44 Kandidaten erweitert worden ist. Diese Zahl spielt keine Rolle, weil die meisten nur Statisten sind. Man hat „Parteifeinde“ wie Zaisser, Herrstadt, Dahlem und andere ausgeschlossen, ebenso einige, die sich von der Sozialdemokratie zum SED-Sozialismus bekehrt hatten.

Neu hinzu kamen: aus optischen Gründen „Verdiente Aktivisten“, aus Zukunftserwägungen einige Militärs, und weil man nicht mehr allzuviel verborgen zu müssen glaubt, einige Konspirateure aus dem halblegalen Apparat. Daß man noch verschiedene „Kulturschaffende“ und „Intelligenzler“ dazugenommen hat, gibt dem Ganzen ein schönes Kolorit.

Das unveränderte Politbüro — bestehend aus Ulbricht, Grote-

wohl, Pieck, Matern, Oelßner, Rau, Schirdewan, Stoph und Ebert — beherbergt die extremen Vertreter der SED-Parteibürokratie.

Es ist der Aufstieg der Mittelmäßigen, der der politischen und moralischen Reife dieser Partei entspricht.

Neue Säuberung

Was wird? Die Partei wird bald wieder einmal gesäubert werden müssen, die Bevölkerung soll noch mehr arbeiten und dafür schlechter leben, die Pankower Regierung wird Unruhe zu stiften versuchen und der Alltag der Zone wird dahingehen wie eh und je. Aber eines Tages wird es auch diese Parteitags nicht mehr geben...

Was wurde beschlossen? Die SED erhielt den Status einer bolschewistischen Partei. Ihr Statut entspricht nun allen sowjetischen Anforderungen. Der Rest innerparteilicher Demokratie ist tot, die Mitglieder sind der Partei verpflichtet auf Geheiß und Verderb. Niemand kann mehr aus ihr austreten, die Mitgliedschaft endet durch Ausschuß oder Tod.

In den Parteibüros wird künftig das Bild Ulbrichts über denen von Pieck und Grotewohl zu sehen sein. Die beiden Parteivorsitzenden traten zugunsten der „kollektiven Parteiführung“ zurück. Als Mitglieder des Politbüros unterstehen sie künftig dem Sekretär Ulbricht.

Nicht nur Ulbricht sagte den Delegierten: „Harte Zeiten stehen der Partei bevor!“ Viele, die geglaubt hatten, der Parteitag würde einen „wenn auch kleinen, Hoffnungsschimmer bringen, blieben enttäuscht.

„Wie können wir die Preise senken“, fragte Ulbricht, „wenn

die Industrie vielfach 50 Prozent Ausschuß produziert?“ Mehr arbeiten, schneller arbeiten sei die Lösung der verfahrenen Politökonomie. Immer wieder fiel das Wort „Normenerhöhung“.

Mehr Export

Kein Wort vom „Neuen Kurs“. Alle Versprechungen blieben unerwähnt. Im Herbst 1953 sollten die Karten fallen, dann im Januar 1954. Jetzt heißt es, eine Abschaffung der Karten sei gar nicht beabsichtigt. Der Vertreter der KPdSU bemängelte den zu niedrigen Export der sowjetischen Industrie: Mehr und besser müsse exportiert werden! Für die Zone heißt das: Verzicht auf Gebrauchsgüter aller Art, um die wichtigsten Lebensmittel hereinzubekommen, die die bauernfeindliche Politik der SED nicht aus dem eigenen Lande herbeizuschaffen in der Lage ist.

Fleißige Arbeiter seien die Deutschen, sagte Mikojan. Warum schaffen sie nicht noch mehr als bisher? Die Arbeiter, deren Normen so hoch liegen, daß sie in jedem kapitalistischen Betrieb dafür in den Streik träten, müssen sich das anhören!

„Wenn die EVG kommt, werden die Gegenmaßnahmen ergreifen!“ sagte Ulbricht. Überall im Saal saßen die sowjet-uniformierten KVP-Offiziere. Wußten sie wenigstens, warum sich der Westen um eine EVG bemüht? Die sowjetische Bitte um Aufnahme in die NATO führte zu peinlichen Diskussionen in den Pausen. Auf dem Parteitag sagte man dazu nichts, wovon die Agitatoren profitieren könnten. — Bei den politischen Reden hatte man den Eindruck, als ob die von den Sowjets deklarierte „DDR-Souveränität“ im SED-Politbüro einen seltsamen Rausch erzeugte. Unklare und läppische Drohungen gegen Gott und alle Welt, Phrasen von der Notwendigkeit der Ausnutzung dieser seltsamen „Souveränität“. Als sei er von der neuen Machtfülle berauscht, forderte Ulbricht die internationale Anerkennung seiner „Republik“.

Lokomotiven rollen ins Museum

Schwerlastzüge mit 2000 t — Jahrgang 1912

Berlin (Eigenbericht). „Jahr der Initiative“ steht jetzt in allen Anordnungen und Verfügungen des sowjetzonalen Eisenbahnministeriums. Man will „schneller, pünktlicher und sicherer“ fahren. Man will ferner die eingeleigten Strecken verschiedener stark benutzter Verbindungen wieder zweigleisig ausbauen, und schließlich will man die Transportleistung in die Höhe schrauben.

Ohne Materialreserve nützt auch die beste Initiative nichts. Da bleibt es nur bei dem Improvisieren. Bezeichnend für diese Zwangslage ist die Reaktion auf eine Aufforderung des Ministeriums, daß die acht Reichsbahndirektionen der Zone für die Errichtung eines „Eisenbahn-Verkehrs-Museums“ einige alte und nicht mehr verwendbare Lokomotiven abgeben sollten.

Innerhalb von drei Tagen waren nicht weniger als 55 Lokomotiv-Veteranen angeboten worden. Die älteste stammte von dem Verschiebebahnhof Seddin, Baujahr 1912. Aber sie muß heute noch rollen.

Das Durchschnittsalter der Lokomotiven in der Zone liegt über 28 Jahre. Die kurz vor dem Krieg eingeführte Güterzuglokomotive Typ 52 läuft meist nur für die Transitzüge bei den jetzt umbenannten Reparations-Eisenbahnbrigaden im Pendelverkehr zwischen der Zone und dem Umschlag-Güterbahnhof Brest beziehungsweise Stettin mit „Wirtschaftsgütern“.

Nach einem Bericht der Maschinenabteilung des Eisenbahnministeriums mußten im ersten Quartal 1954 nicht weniger als 135 Lokomotiven aus dem Verkehr gezogen werden, weil sie

trotz eifriger Bemühungen höchstens noch Schrottwert haben. Damit wird der Lokomotivbestand der Zone auf knapp 2800 Maschinen beschränkt. Aber auch sie sind nur bedingt für den Einsatz im Reise- und Güterzugverkehr verwendbar.

Dieser immer stärker werdende Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven hat dazu geführt, daß das Schwerlastzug-Programm erweitert werden mußte. Während

bisher die Last für diese mit 10 bis 15 Stundenkilometern über die Strecken schleichenden Züge auf 1500 t beschränkt war, dürfen nunmehr 1800 bis 2000 t geladen werden. Das bedeutet bei Steigungen den Einsatz von zusätzlichen Schiebelokomotiven. Hierfür verwendet man die in größerer Zahl vorhandenen kleinen Tenderlokomotiven. Zwar spart man auf diese Weise kaum Maschinen ein, aber die „dekorative“ Transportleistung glänzt mit ihren 2000-t-Zügen im Leistungswettbewerb viel zu sehr, als daß man hierauf verzichten will.

Auch dem Strecken- und dem Sicherungswesen schaden diese Schwerlastzüge sehr, denn oft genug werden die Hauptverbindungen durch die häufig liegenden Schwerlastzüge auf Stunden blockiert.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. R u t h s, Willy, etwa 47 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Linden Kr. Hildburghausen, Mitgl. d. KPD/SED, 1. KP-Vors. u. 1. SED-Vors. gewesen, beruflich zuletzt als Straßenwärter tätig.
2. S c h e n k, Otto, etwa 57 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Frauenstein Kr. Dippoldiswalde, Mitgl. d. KPD/SED, Mitglied d. KP/SED-Ortsvorstandes u. d. Stadtverwaltung, be-

ruf, zuletzt tätig als Justizwachtmeister.

3. S c h r a d e r, Hans, etwa 40 Jahre alt, früher wohnhaft gewesen in Lehmin Kr. Zauch-Belzig, zuletzt wohnhaft in Belzig Kr. Zauch-Belzig, Mitgl. d. SED u. SED-Funktionär.

4. S c h u s t e r, Heinz, etwa 40 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Weimar, Mitgl. d. SED u. SED-Funktionär, tätig gewesen bei der Kripo, danach bei VVEAB u. später Schulungsleiter der SED-Kreispartei-schule.

5. S c h w e i ß, Wilhelm, etwa 45 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Salzwedel, Mitgl. d. SED u. 1. SED-Kreissekretär gewesen.

6. S e l l, Willi, etwa 42 Jahre alt, zul. wohnhaft in Gunsleben Kr. Oschersleben, Mitgl. d. KPD/SED, SED-Funktionär, von Beruf Frisör, später Bürgermeister. Ist verdächtig, für den SSD zu arbeiten.

7. S e n k b e i l, Paul, etwa 56 Jahre alt, zul. wohnhaft in Liebenwalde Kr. Niederbarnim, Mitgl. d. KPD/SED, SED-Funktionär. Ist verdächtig der Zuträgerdienste für den SSD,

Vopo-Razzien in den Zügen

Berlin (Eigenmeldung). Die Volkspolizei hat auf den Berliner Vorortstrecken Großraffien auf Eier eingeleitet. Aus einem Bericht der Sowjetzonen-Agentur ADN geht hervor, daß den Zonenbewohnern auch Waren abgenommen wurden, die in Westberlin eingekauft worden waren.

Reisende, die mit den Fernzügen auf dem Schlesischen Bahnhof (Ostbahnhof) eintrafen, berichteten, daß auch aus ihrem Gepäck auf den Kontrollbahnhöfen sämtliche Eier beschlag-

genommen worden sind. Nicht einmal vor gekochten Eiern machten die Vopos und Transportpolizisten halt.

Jugendliche verhaftet

Berlin (Eigenmeldung). In Eisenach wurden vor kurzem zwei Jugendliche vom SSD verhaftet, die am traditionellen „Fest des Sommergewinns“ teilgenommen hatten. Sie sollen sich dabei „provokierend“ verhalten haben.

Der Außenseiter



„Für wen ick fahre?
Für 'Neue Deutschland'!“

Nur flüstern . . .

Fortschrittliche Schulaufgaben

Ein SED-Funktionär ist pro Tag ein halbes Pfund Butter. Wieviel SED-Funktionäre essen täglich wieviel Pfund Butter, wenn die Milchablieferung von 3651 werktätigen Bauern bei einem Fettgehalt von drei Prozent um 17,9 Prozent übererfüllt wird?

Ein FDJler wirbt in seiner Klasse fünf Jungen als FDJler für den friedlichen Wiederaufbau. Diese FDJler werben wieder jeder sechs neue FDJler bei einer Unterschriftensammlung gegen den Militarismus. Wieviel FDJler dieser Klasse tragen schließlich die Uniform unserer Volkspolizei?

Nach dem Vorbild Frida Hockaufs weben 817 Kolleginnen eines Betriebes monatlich viele Meter Stoff über ihre Norm hinaus zur besseren Versorgung der Bevölkerung. 211 weben 10,5 Meter mehr, 516 weben 8,9 Meter und 90 weben 7,3 Meter. Um wieviel kann dieser Betrieb seine Exportlieferungen in die Sowjetunion steigern?

Walter Ulbricht sagte, der Fünfjahresplan sei mit 7 Prozent übererfüllt worden. Wieviel weniger Schuhe, Butter, Margarine würden zur Verfügung stehen, wenn der Fünfjahresplan mit 35 Prozent übererfüllt worden wäre?

Halbe Antwort der „Neuen Zeit“

„Buchewald! Was war das?“ So fragt im Hinblick auf ein am vergangenen Sonntag stattgefundenenes internationales Treffen der Überlebenden die kommunistisch-christliche „Neue Zeit“. Sie antwortet: „Manche werden es vielleicht schon nicht mehr wissen, daß Buchewald eines der schlimmsten Konzentrationslager gewesen ist, und daß dort Zehntausende von Menschen ihr Leben gelassen haben.“ Gemeint ist das nationalsozialistische Buchewald; aber das ist nur die halbe Antwort auf die gestellte Frage. Den anderen, nicht weniger wichtigen und erschütternden Teil der Antwort verschweigt das Blatt.

Als nämlich die beklagenswerten Opfer der nationalsozialistischen Barbarei befreit waren, haben die neuen sowje-

tischen und sowjetdeutschen Machthaber das Buchewalder Verbrechen gegen die Menschlichkeit einfach fortgesetzt. Sie haben das berüchtigte Konzentrationslager — und viele andere dazu — einfach wieder „in Betrieb genommen“, erneut Zehntausende dorthin verdammt und in großer Zahl zu Tode gebracht. Das Lager blieb — nur die Henker wechselten und dazu die Fahne, unter der die Barbarei ihren Fortgang nahm. Hier jedoch hören Gedächtnis und christliches Gewissen der „christlichen“ „Neuen Zeit“ einfach auf, und die große Heuchelei beginnt. Wir anderen aber haben weder das eine noch das andere Buchewald vergessen.

... und faule Ausreden

„Die weitgehende Zustimmung, die die Mitteilung Wal-

ter Ulbrichts über die Beibehaltung des Kartensystems für Fleisch, Fett, Milch, Zucker und Kohlen in der Bevölkerung gefunden hat, bestätigt, daß damit einem Wunsche der Werktätigen Rechnung getragen wurde.“ Mit dieser Behauptung versucht das Organ der Ost-CDU, „Neue Zeit“, die Aufrechterhaltung der Rationierung zu bemänteln. Die „Neue Zeit“ spricht von der „Sorge für die Menschen“, die bei der Aufhebung des Kartensystems mit höheren Preisen rechnen müßten. Im Lande der HO-Preise ist das eine merkwürdige Argumentation. Jeder Zonenbewohner weiß, daß die „volkseigene Wirtschaft“ einfach nicht in der Lage ist, eine ausreichende Versorgung durch den freien Markt zu sichern.

Fotos: einfacher, schöner, billiger

Man kann jetzt „um die Ecke“ fotografieren - Idiotensichere Kameras

In den Ausstellungshallen der Kölner Messe wurde von Bundespräsident Prof. Heuss die vierte internationale Photo- und Kino-Ausstellung der Nachkriegszeit eröffnet. Sie bietet in diesem Jahr zum erstmaligen einen geschlossenen Überblick über das Schaffen der fotografischen und kinotechnischen Industrie. Auf einem Ausstellungsraum von 30 000 Quadratmeter bieten 408 Ausstellungsfirmlen, darunter 100 aus dem Ausland, ein überwältigendes Panorama aus raffinierten Kameras, neuartigen Vorsatzlinsen, synchronisierten Compur-Verschlüssen, Blitzlichtlampen und Tonfilmprojektoren.

War früher noch jeder Fotograf ein gewiegter Techniker, so genügt heute die Kenntnis der Gerätebedienung. Das Fotografieren ist einfacher, billiger und schöner geworden. Was eine moderne Kamera zu leisten vermag, das zeigt zum Beispiel die neue Leica „M3“, die Sensation der Ausstellung. Ein Amerikaner, der diese „denkende Kamera“ betrachtete, erklärte begeistert: „Das ist ein Traum“. Jede Möglichkeit, bei der Wahl der richtigen Blende und Belichtungszeit einen Fehler zu machen, ist ausgeschaltet, denn die Verschlusseinstellung ist mit einem aufsetzbaren Belichtungsmesser gekoppelt, der die richtigen Werte automatisch einstellt. Auf einem neutralen Rand außerhalb des Bildrahmens lassen sich bewegliche Objekte — die fast in Lebensgröße erscheinen — bereits erkennen, bevor sie in das eigentliche Sucherfeld eintreten.

Neben dieser „Traumkamera“ locken viele Sonderkonstruktionen Fachleute und Amateure zu eingehendem Studium. Der Detektiv wird die neuen Winkelrohre begrüßen, die ein unbemerktes „Um-die-Ecke-Fotografieren“ erlauben, und der Tiefseetaucher wird seine Reise zu den Haien und Polypen in Zukunft mit leichtem Marschgepäck antreten können, denn die Unterwasserkameras wiegen nur noch 1,8 Kilogramm. Dem

rasenden Reporter stehen Ansatzkassetten für 400 Aufnahmen zur Verfügung, der Familienvater kann mit Hilfe einer Vorsatzlinse die ersten Porträtstudien seines „Kronprinzen“ aus einer Entfernung von 96 bis 46 Zentimeter durchführen. Kameras mit elektromagnetischer Fernauslösung eröffnen ungeahnte Möglichkeiten. Das Ver-

Ein wilder Boogie-Woogie, der im Programm eines Budapest Revue-theaters die „dekadente Lebensweise“ des Westens vor Augen führen sollte, hat, nach einer Meldung der ungarischen Zeitung, völlig seinen Zweck verfehlt. Er wurde so gut getanzt, daß er bei den Zuschauern wahre Begeisterungstürme auslöste.

1200 im Schuldorf

Das erste deutsche Schuldorf, das sämtliche Schularten vom Kindergarten bis zur höheren Schule in sich vereinigt, wird am 30. April an der Bergstraße eröffnet. Drei Tage später, am 3. Mai, werden zum erstmaligen nahezu 1200 Schüler und Schülerinnen in die Klassen und Schulgebäude ihres zwischen hohen Kiefern auf einer Sanddüne erbauten Dorfes einziehen.

Das Schuldorf, das von den Kindern aus den drei Gemein-

trauen der deutschen Fotoindustrie in ihre neuen Produktionen dokumentiert eine Frankfurter Firma, die ihren Kunden fünf Jahre Garantie für Verschleißerscheinungen zusichert.

Eine Sonderschau beweist, daß die deutsche Filmindustrie die Entwicklung des plastischen Films, des aus Angst vor der Fernsehkonkurrenz gezeugten Homunkulus der amerikanischen Traumfabrik, mit wachsamem Auge verfolgt. Der Plastoramafilm mit seinem großen Tiefenbereich und erstaunlich gleichmäßiger Schärfe scheint die übrigen Favoriten, den Cinemascope und 3-D-Brillenfilm, bereits überrundet zu haben.

Verfehlte „Erziehung“

den Seeheim, Jugenheim und Birkenbach besucht wird und mit deutschen und amerikanischen Mitteln erbaut wurde, soll zu einer Gemeinschaft aller Kinder im schulfähigen Alter führen, einerlei, ob sie nun die Volksschule, die Berufsschule oder die höhere Schule besuchen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.